

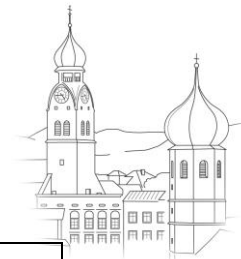
Gebührenordnung der Rosenheimer Unterstützungskasse e.V.



Diese Gebührenordnung definiert die Verwaltungsgebühren der Trägerunternehmen der Rosenheimer Unterstützungskasse e.V. für die Einrichtung und Verwaltung von Versorgungsberechtigten (Versorgungsanwärter und Rentner). Dem Vorstand obliegt es satzungsgemäß, ggf. weitere Kosten verursachungsgerecht festzulegen. Die genannten Verwaltungsgebühren bemessen sich am jeweils zum Fälligkeitstermin vorhandenen Bestand an Versorgungsberechtigten und werden jährlich zum jeweiligen Fälligkeitstermin erhoben.

	Beitragsorientierte Leistungszusagen	Leistungszusagen
I. Verwaltung laufender Versorgungsanwartschaften		
a) Trägerunternehmen, für die eine <u>Lastschriftzugsermächtigung</u> zu Gunsten der Unterstützungskasse vorliegt, jährlich		
aa) je beitragspflichtiger Zusage eines Versorgungsberechtigten	30,00 Euro p.a.	36,00 Euro p.a.
ab) je beitragsfreier Zusage	15,00 Euro p.a.	36,00 Euro p.a.
b) Trägerunternehmen, für die <u>keine Lastschriftzugsermächtigung</u> zu Gunsten der Unterstützungskasse vorliegt, jährlich		
ba) je beitragspflichtiger Zusage	60,00 Euro p.a.	48,00 Euro p.a.
bb) je beitragsfreier Zusage	30,00 Euro p.a.	24,00 Euro p.a.
c) Trägerunternehmen, für die eine Lastschriftzugsermächtigung zu Gunsten der Unterstützungskasse vorliegt, und das Trägerunternehmen mehr als 50 Mitarbeitern eine Versorgung über die Unterstützungskasse zugesagt hat**	auf Anfrage	auf Anfrage
** Die Gebühr gilt im jeweiligen Segment, Datenlieferung erfolgt elektronisch im durch die Unterstützungskasse vorgegebenen Datenformat. Für Versorgungszusagen im Rahmen von Lohnoptimierungsmodellen und für Jahreszahlungen wenden Sie sich bitte an uns.		
II. Weitere Verwaltungsleistungen der Kasse		
a) Erstellen von PSV-Kurztestaten		
- automatische Erstellung im Folgejahr zum Bilanzstichtag		kostenfrei
- nachträgliche erstmalige Erstellung, je Testat		50,00 Euro
- nachträgliche Duplikaterstellung, je Testat		25,00 Euro
b) Erstellung von Ersatzdokumenten für Trägerunternehmen, Liquidatoren, Insolvenzverwalter, Versorgungsberechtigte		je Dokument 35,00 Euro
c) Änderung der Zusage und/oder der Rückdeckungsverträge		35,00 Euro
d) Bearbeitung von jährlichen Dynamikvorgängen		
da) sofern die Dynamisierung keine Änderung der Garantiesummen in der Rückdeckungsversicherung zur Folge hat		kostenfrei
db) sofern die Dynamisierung eine Änderung der Garantiesummen im Rückdeckungsvertrag zur Folge hat		
- bei prozentualer Dynamisierung bzw. BBG-Dynamisierung		25,00 Euro
- bei gehaltsabhängiger bzw. dienstzeitenabhängiger Dynamisierung		35,00 Euro
- bei Kollektiven von mehr als 50 Mitarbeiter		auf Anfrage
e) Berechnung einer unverfallbaren Anwartschaft im Rahmen von Leistungszusagen		100,00 Euro ab 3 Personen auf Anfrage
f) Versorgungsausgleichsverfahren (interne Teilung) gemäß Teilungsordnung		3% des Ausgleichswertes, mind. 500,00 Euro, max. 1.000,00 Euro
g) Stornierung einer Versorgungszusage unmittelbar nach Einrichtung		150,00 Euro
h) Übertragung einer Versorgungszusage im Rahmen eines Arbeitgeberwechsels gem. §4 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG (Gebühren sind vom abgebendem Trägerunternehmen zu tragen)		100,00 Euro pro Trägerunternehmen zzgl.

Gebührenordnung der Rosenheimer Unterstützungskasse e.V.



ha) bis zu 50 Versorgungsberechtigten	25,00 Euro je versorgungsberechtigter Person
hb) ab 51 Versorgungsberechtigten	auf Anfrage
i) Vertragsaukünfte gemäß § 4a BetrAVG (ausgenommen Übertragungswert gem. § 4 Abs.3 BetrAVG)	einmal jährlich kostenfrei jede weitere Anfrage 40,00 Euro
j) Vertragsaukünfte zum Übertragungswert gemäß § 4a Abs. 3 BetrAVG	100,00 Euro pro Anfrage
III. Sonstige Gebühren	
a) Gebühren bei Rücklastschriften	15,00 Euro
b) Kontenklärung im Rahmen von Überweisungen - je Vorgang	15,00 Euro
IV. Übernahme oder Übertragung bestehender Versorgungszusagen	
a) Einrichtungsgebühr für die Übernahme	einmalig
aa) je Trägerunternehmen	500,00 Euro je Trägerunternehmen zzgl. 75,00 Euro je versorgungsberechtigter Person
ab) je Trägerunternehmen bei elektronischer Datenlieferung aller Unterlagen sowie Personal- und Zusagedaten durch das Trägerunternehmen und dem Rückdeckungsversicherer	350,00 Euro je Trägerunternehmen zzgl. 50,00 Euro je versorgungsberechtigter Person
b) Übertragung auf eine andere Unterstützungskasse, auf einen neuen Arbeitgeber zur Fortführung der Versorgungszusage, in eine sog. Zielversorgung im Rahmen der externen Teilung (Versorgungsausgleich) - je Versorgungsanwärter/Leistungsempfänger	einmalig 150,00 Euro
c) Übertragung auf ein Lebensversicherungsunternehmen im Rahmen der Liquidation des Trägerunternehmens	1% des zu leistenden Einmalbeitrages im Rahmen der Auslagerung, mind. 500,00 Euro je Trägerunternehmen
V. Verwaltung von Versorgungsleistungen	
a) Bearbeitung einmaliger Leistungen auf Antrag (Kapitalabfindungen)	einmalig
aa) Auskehrung des Bruttokapitals an das Trägerunternehmen (je Rückdeckungsversicherung)	75,00 Euro
ab) Auszahlung des Nettokapitals an den Leistungsempfänger inklusive der Abrechnung und Abführung von Steuern und Sozialabgaben (je Rückdeckungsversicherung)	125,00 Euro
b) Bearbeitung wiederkehrender Leistungen (Rentenzahlungen) auf Antrag	vorschüssig
ba) Auskehrung der Bruttorente an das Trägerunternehmen	45,00 Euro p.a.
bb) Auskehrung der Nettorente an Rentner inklusive der Abrechnung und Abführung von Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen - Einrichtung der Nettoabrechnung im Jahr der ersten Rentenzahlung - jährliche Verwaltung der auszugehenden monatlichen Leistungen ab dem Folgejahr	125,00 Euro einmalig 96,00 Euro p.a.
c) Bearbeitung eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses innerhalb der Leistungsphase	250,00 Euro je Vorgang

Das Trägerunternehmen und Rosenheimer Unterstützungskasse e.V. sind der Auffassung, dass die von der Unterstützungskasse erbrachten Leistungen umsatzsteuerfrei sind. Aus diesem Grunde wird auf die Verwaltungsgebühren keine Umsatzsteuer erhoben. Für den Fall, dass die Finanzverwaltung die erbrachten Leistungen trotzdem als umsatzsteuerpflichtig ansehen sollte, müsste die Rosenheimer Unterstützungskasse e.V. dies umsetzen. Für diesen Fall vereinbaren Unterstützungskasse und Trägerunternehmen, dass der Gebührenanspruch der Kasse gegen das Trägerunternehmen auf Zahlung der Umsatzsteuer erst fällig wird, wenn die Leistungen von der Finanzverwaltung als umsatzsteuerpflichtig angesehen werden. Die genannten Verwaltungsgebühren werden dann um die gesetzliche Umsatzsteuer erhöht.